

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Parteifreunde,

ich begrüße euch ganz herzlich zum Tagesordnungspunkt TTIP, dem Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union oder auch Transatlantic Trade and Investment Partnership genannt. Eingeschlossen sind in diesem Beitrag auch das kanadische Abkommen CETA , das Comprehensive Economic und Trade Agreement bzw. TISA, auch Trade in Services Agreement wo es um die Liberalisierung in über 50 Staaten geht.

Offiziell heißt es: Das Freihandelsabkommen soll die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die Vereinigten Staaten von Amerika sollen zu einem riesigen Markt verschmelzen, Waren sollen frei ausgetauscht werden können, ohne Zölle und mit einheitlichen Standards. Ziel sei es, den Markt mit Konkurrenz zu beleben, die Kosten für uns Verbraucher zu senken und Millionen neuer Arbeitsplätze zu schaffen oder wie es die etablierten Parteien aus CDU und SPD im Bundestag beschreiben: Mehr Wachstum,

mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze. Die drei berüchtigten Argumente mit der auch die Politik der letzten 15 Jahre begründet wurde. Aber dazu später mehr.

Die Verhandlungen werden geführt von der Europäischen Kommission, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und des Parlaments. Diese sind massiv in die Kritik geraten, es gibt großes Misstrauen, denn was genau verhandelt wird, weiß immer noch keiner, noch nicht einmal die Abgeordneten im Europäischen Parlament. Martin Schulz, EU-Parlamentspräsident äußerte sich zum Thema Demokratiedefizit der EU bekanntermaßen wie folgt: "Wäre die EU ein Staat, der die Aufnahme in die EU beantragen würde, müsste der Antrag zurückgewiesen werden - aus Mangel an demokratischer Substanz." Zitat Ende. Aber ich komme vom Thema ab.

Zahlreiche Dokumente zum Freihandelsabkommen wurden zwischenzeitlich anonym verschiedensten Anti-Lobby Verbänden und Menschenrechtsorganisationen wie die Corporate European Observatory zugespielt.

Eines ist zwischenzeitlich klar geworden, es geht um einen fundamentalen Eingriff, der Einfluss haben wird auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger und zwar im ganz alltäglichen Umgang mit dem was wir essen, mit Nahrungsmitteln, Verbraucherschutz, Umweltschutz, Tarifautonomie und sogar mit Demokratie. Es gibt keine Transparenz, die Bürgerinnen und Bürger wissen bis heute nichts über das Abkommen und auch für Abgeordnete im höchsten Staatsorgan der Bundesrepublik Deutschland nämlich dem Deutschen Bundestag ist es unmöglich, Einblick in irgendwelche Dokumente zu erhalten. Selbst die Verhandlungsorte über TTIP sind geheim und werden den Abgeordneten der nationalen Parlamente der europäischen Mitgliedsstaaten sowie den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes vorenthalten. Dokumente die es bislang zur Einsicht gab, wurden mit absichtlichen Rechtschreibfehlern und Wasserzeichen versehen, um die Urheber durchgesickelter Dokumente zurückverfolgen zu können.

Die Art und Weise wie in den USA und der EU Verbraucherschutz betrieben wird, unterscheidet sich diametral und es ist stellenweise schockierend, wie

agressiv und rücksichtslos US-Unternehmen versuchen, im Rahmen der TTIP Verhandlungen den ganz großen Reibach im EU Wirtschaftsraum zu organisieren.

Beispiel: Bei uns dürfen Lebensmittel oder Chemikalien nur dann in den Handel gebracht werden, wenn der Hersteller nachgewiesen hat, dass diese ungefährlich sind und staatliche Kontrollbehörden eine Zulassung hierfür erteilt haben. In den USA ist dies genau umgekehrt, man darf verkaufen was man will, solange es keinen Nachweis gibt, dass diese Stoffe gefährlich sind. Solch einen Nachweis zu erbringen, kann je nach Fall Jahre dauern und durchläuft sämtliche gerichtliche Instanzen in den USA. Staatliche Kontrollen durch Kontrollbehörden in den USA wurden in den letzten 20 Jahre nahezu abgeschafft, dafür sorgen milliardenschweren Lobbyverbände sowie die Haushaltslage der USA.

In den USA sind Stoffe in Nahrungsmitteln oder als Verpackungsmaterial für Nahrungsmittel zugelassen, die in der EU im Hausbau verboten sind. Bekanntester Stoff ist MPB - ein Klebstoff. MPB führte in den USA zu

massiven gesundheitlichen Problemen bei Menschen, die in der Produktion mit MPB in Berührung kamen. Riesige Summen an Schadensersatz wurden in außergerichtlichen Vergleichen gezahlt; verboten ist der Stoff jedoch bis heute nicht. Gleiches wiederholte sich mit Mitarbeitern in der Geflügelindustrie, die in Folge ihrer Tätigkeit in Kontakt mit der Desinfektionschemikalie auf Chlorbasis kamen und schwer erkrankten.

Können wir es wirklich verantworten, dass solche Stoffe auch bei uns zugelassen werden?

Die Gefahr ist groß, dass dieses Abkommen die Standards für Lebensmittelsicherheit und Umwelt in der EU und in den USA massiv absenkt, vor allem in Europa. Die Gentechnikregelungen könnten ausgehöhlt werden und auch der Verbraucherschutz könnte unter die Räder kommen, bishin zur vollständigen Unterwanderung unserer Lebensmittelstandards in Europa, für die wir viele Jahre gekämpft haben.

Es gibt in den Verhandlungen einen riesigen Interessenskonflikt, denn Teilnehmer dieser geheimen Verhandlungen sind bislang Vertreter von Wirtschaft und Industrie, sowie Lobbyisten und deren beauftragte Sachverständige z. B. Wissenschaftler. Ausgeschlossen sind jedoch zivilgesellschaftliche Gruppen wie Umweltschützer, Verbraucherschützer, nationale Parlamente und all jene, die ebenfalls ein berechtigtes Interesse hätten. Dabei sollte genau das in den Parlamenten debatiert werden, so wie wir es in einer Demokratie kennen. Das Freihandelsabkommen ist ein internationaler Vertrag zwischen staatlichen Akteuren; auf europäischer Seite führt allein die Europäische Kommission die TTIP Verhandlungen.

Kommen wir nun zu den bisher durchgesickerten Punkten in den TTIP Dokumenten:

1. Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ohne Kennzeichnungspflicht z. B. Mais.

Verbraucher in den USA haben keine Wahl, mehr als 60% der Nahrungsmittel in den USA enthalten gentechnisch veränderte Substanzen

Auf Grund der hohen Akzeptanz in den USA werden auf 80% der landwirtschaftlich genutzten Flächen gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut, vor allem Soja und Mais. Dies führte in den USA, aber auch in vielen Schwellenländern Südamerikas zu massiven Problemen. Sprechen wir dazu kurz über den globalen Saatgutkonzern Monsanto, natürlich ein US Unternehmen. Diese entwickelte vor wenigen Jahren ein gentechnisch verändert Mais, der resistent gegen bekannte Schädlinge und Gifte ist. Passend zu dem Saatgut wurde auch ein Unkrautgift auf den Markt gebracht, welches gerne zusammen als „Bundle“ verkauft wird. Versprochen wurden qualitativ hochwertige Feldfrüchte, saubere Felder und keine Ernteauffälle und dadurch höhere Erträge. In den Boomjahren verdienste Monsanto damit 40% seiner Einkünfte. Die Menge des eingesetzten Unkrautgiftes hat sich in den letzten 15 Jahren in den USA verzehnfacht. Aber die Unkräuter sind nicht zurückgegangen, im Gegenteil, diese sind stärker als zuvor. Die Geschichte wiederholt sich, genau wie in der Medizin haben diese Unkräuter Resistenzen entwickelt, viele von ihnen weisen mittlerweile Multiresistenzen auf, man spricht auch von sog. Superweeds.

Mittlerweile gibt es diese Superweeds fast überall in den USA und werden sich auch weiter ausbreiten und bedroht die Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten. Unkräuter wie der Palmer Fuchsschwanz gehören dazu, sie wachsen 6 – 7 cm am Tag, werden bis zu 3 Meter hoch und verstreuen 1 Million Samen pro Pflanze. Viele Felder mussten wegen diesen Superweeds schon aufgegeben werden und lässt sich von keinem Pflanzengift mehr bändigen. Betroffen sind bereits mehr als 25 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche in den USA und jedes Jahr werden es mehr. Ganze Landstriche mussten aufgegeben werden, weil man glaubte, es mit gentechnisch veränderten Pflanzen einfach zu haben und die Risiken zuvor nicht ausreichend getestet hat.

2. Hormonbehandeltes Fleisch ohne Kennzeichnungspflicht z. B. Rinder- und Schweinefleisch

Die Europäische Union hat 20 Jahre lang einen entschiedenen Kampf geführt gegen den Import von Hormonfleisch und hat sich wirklich stark gemacht, dass der Verbraucher diesem nicht ausgesetzt wird.

Mit TTIP steht dieser Punkt erneut zur Diskussion. In den USA wird im industriellen Maßstab Rindfleisch produziert, verfüttert wird vor allem Genmais und die Rezeptur ist so abgestimmt, dass die Rinder die zugeführte Nahrung optimal verwerten. Jedoch ist der Rindfleischkonsum zurückgegangen und die Preise für Rindfleisch in den letzten 10 Jahren gesunken, die Preise für Futtermais jedoch auf Grund der hohen Nachfrage durch die Methanolindustrie enorm gestiegen, gleichzeitig sinkt der Preis für Schlachtvieh. Um in diesem Geschäft Gewinne zu erzielen, setzen die Produzenten Wachstumshormone ein, der Einsatz in den USA ist behördlich und gesellschaftlich akzeptiert. Bei mehr als 80% aller Rinder in den USA werde diese Medikamente eingesetzt, man gewinnt dadurch pro Rind etwa 50 kg zusätzliches Schlachtgewicht. In Studien werden vor allem die wirtschaftlichen Aspekte dieser Wachstumshormone untersucht, eingesetzt werden diese seit mehr als 60 Jahren und folglich auch von niemandem in Frage gestellt. Die Auswirkung der Medikamente auf den Menschen werden kaum noch untersucht. Die Studien kommen vor allem aus der Pharmaindustrie selbst, die Art und Weise wie in den USA agrarwissenschaftliche Forschungen durchgeführt

werden sind mehr als fragwürdig. Unabhängige Studien gibt es bis heute nicht. Die EU steht seit Jahren in der Defensive, auch bei uns wurde bis heute nicht erforscht, welche Folgen diese Wachstumshormone auf den Menschen haben könnte.

3. Chlorbehandeltes Fleisch zu Zwecken der Desinfektion z. B. bei Hühnerfleisch

Die USA ist der größte Geflügelproduzent der Welt, seit 1997 ist den USA jedoch der Zutritt zum europäischen Markt verwehrt. Die Desinfektion des Schlachtkörpers mit Chlor, wie sie in den USA gängige Praxis ist, ist in Europa verboten. Die Geflügel Lobby in den USA kämpft seit Jahren gegen dieses Importverbot; dabei gehe es nach Aussagen der Lobby um 600 Mio US Dollar jährlich. In den USA billigen die Behörden die Desinfektion mit Chlor, dieses Verfahren kommt seit mehr als 60 Jahren zum Einsatz. Was jedoch nicht erwähnt wird, ist, dass das Chlor-Wassergemisch zwischenzeitlich durch eine Chemikalie ersetzt wurde, die in der Lage ist, sich durch Beton zu fressen. Grund für den Einsatz dieser Chemikalie ist die erhöhte Fließbandgeschwindigkeit auf 175 Hühnchen pro

Minute, für höhere Profite. Je schneller die Produktionslinien, desto mehr Keime müssen die Chemikalien abtöten. Die US-Behörden hatten anfangs kleine Dosen dieser Chemikalie erlaubt, aber wenn man der Industrie freien Lauf lässt, dann werden sie so viele Chemikalien einsetzen, die es braucht, die Produkte keimfrei zu halten um die Endkontrolle zu schaffen. Des Weiteren setzt sich die Lobby dafür ein, dass in diesem Bereich die staatliche Lebensmittelkontrolle abgebaut werden. Die US-Behörden sehen heute schon 40% weniger Kontrollen vor, schon heute werden die meisten Überprüfungen von der Industrie selbst durchgeführt. Es sind Fälle von schweren gesundheitlichen Erkrankungen von Mitarbeitern der Schlachthöfe und staatlichen Inspektoren bekannt, die in Folge ihrer Tätigkeiten auf den Schlachthöfen erkrankt sind. Die Art und Weise wie US-Behörden im Umgang mit dieser Chemikalie auf Geflügelschlachthöfen umgehen zeigt, dass diese eher im Interesse der Unternehmen handeln, als für das Wohlergehen der Bürger. In Studien wurde ausschließlich untersucht, ob die Bakterien auch abgetötet wurden, nicht aber die Folgen auf Mensch und Umwelt. Es gibt bis heute keine Studie in den USA,

wie sich diese Chemikalie auf Mitarbeiter auswirkt oder den Verbraucher. Unabhängige Studien zu chlorbehandeltem Fleisch gibt es bis heute nicht.

4. Privatisierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge wie z. B. Wasser oder Krankenhäuser.

Letztes Jahr wurde unter lautem Aufschrei gegen die geplante, europaweite Privatisierung des Wassers demonstriert und erfolgreich durch ausreichend Unterschriften aus mindestens 7 Mitgliedsstaaten der EU verhindert. Dieser Punkt steht, genauso wie die Privatisierung von Gefängnissen und Krankenhäusern inklusive drastische Privatisierungen im Gesundheitswesen erneut auf dem TTIP Verhandlungstisch. Zwar versichert die EU, dass es keine Privatisierung des Wassers geben werde, aber es steht halt so in den Verträgen drin.

Nehmen wir doch mal ein klassisches Krankenhaus, wie es heutzutage bereits teilprivatisiert, dank verschiedener Ministerpräsidenten betrieben wird. Chronische Unterbesetzung und die damit lückenhafte Versorgung der Patienten, und das schlimmste

überhaupt: in diesem Krankenhaus gibt es einen Geschäftsführer. Diese Person muss eine Entscheidung treffen, er hat zwei Patienten: einen 18 jährigen und einen 67 jährigen, beide haben ein gebrochenes Bein. Der 18 jährige ist nach 3 Wochen wieder fit und der 67 jährige nach 2 Monaten. Wer rechnet sich für die Klinik? Wollen wir das wirklich? In der USA hat das Gesundheitssystem zwischenzeitlich solche Auswüchse angenommen, dass trotz Versicherungen nur gegen Geldmittel Behandlungen durchgeführt werden, die bei uns in der EU als selbstverständlich ansehen. Wollen wir solche Krankenhäuser wirklich in Europa haben, die die Entwicklung einer Zweiklassenmedizin weiterhin vorantreiben? Krankenhäuser gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und dürfen unter keinen Umständen privatisiert werden bzw. müssen als Gesellschaft in öffentlicher Hand bleiben.

Privatisierte Gefängnisse sind der nächste Punkte, vor vielen Jahren wurde in den USA landesweit Fälle aufgedeckt, in denen Richter zu Lasten tausender beschuldigter Bürger entschieden haben, damit die Gefangenenquote der privaten Gefängnisse stimmen, eines dieser betroffenen Gefängnisse war ein

Jugendgefängnis. Liebe Freundinnen und Freunde, sowas ist indiskutabel. Diese Bereiche gehören in die Hände der Justiz, nicht in die Hände der Privaten.

Des Weiteren regelt dieser Punkt, dass einmal privatisierte Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr rekommunalisiert, d. h. zurück in die öffentliche Hand der Länder oder Kommunen geführt werden dürfen, für die deutschlandweiten Stadtwerken wäre dies ein Disaster. Das heißt hier wird auch auf die Selbstverwaltung der Kommunen empfindlich Einfluss genommen.

Ein weiteres Beispiel: Eine zukünftige Bankenrettung würde bedeuten, dass wir diese mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger, also mit Steuergeldern unterstützen müssen um die Renten und Sparguthaben unserer Bürger zu retten, aber selbst kein Mitspracherecht haben und somit die Banken mitretten müssen. Also eine Verstaatlichung der Verluste und Privatisierung der Gewinne. Dabei besteht gar kein Zweifel, das im Falle einer Bankenrettung ALLE betroffenen Banken in

Gemeineigentum bzw. in geeignete Formen der Gemeinwirtschaft zu überführen sind und nicht wie im Falle der Commerzbank und der Landesbanken, in denen wir nicht einmal ein Mitspracherecht hatten. Und um jetzt vorzubeugen, dass wie bei der letzten Veranstaltung am Ende jemand zu mir kommt und diese Forderung als höchst bedenklich oder linke Forderung einstuft, zitiere ich das Grundgesetz. Artikel 14 Absatz 2 unseres Grundgesetzes besagt:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Das sind zwei Sätze, die fast genauso tief im Bewusstsein unserer Bevölkerung verankert sind wie der Satz über die Würde des Menschen. Das ist auch interessant, weil es auch ein Schluss aus der Nazidiktatur war, diese Regelung aufzunehmen.

Dann gibt es noch den Artikel 15 Absatz 1 in unserem Grundgesetz; den muss ich auch noch vorlesen. Da steht drin:

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel

können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

Das ist also keine gewagte, politische Forderung; das ist unser Grundgesetz. Jeder Sozialdemokrat oder Christdemokrat der euch was anderes erzählt, hat keine Ahnung.

5. Der sogenannte Investorenschutz auch Investor-Staats-Klagen durch private Schiedsgerichte

In TTIP wird über eine neue Form des Klagerechtes verhandelt. Es soll Konzernen die Möglichkeit geben, Staaten zu verklagen, wenn unterschiedliche Standards und Gesetze die Investitionen hemmen – also ein vertraglich, abgesicherter Investorenschutz. Investoren sollen ein Forum erhalten um Vorschriften anzufechten, die ihre Investitionen schädigen. Private Firmen können Staaten verklagen, wenn sie befürchten, dass bestimmte Gesetze ihre zu erwartenden Gewinne gefährden – also nicht die tatsächlichen Profite, sondern wenn sie glauben, dass Gesetze ihre Gewinnprognosen gefährden können. Das ist saubere Lobbyarbeit vom feinsten und gemeinsten

und hat mit einem ordentlichen Verfahren nichts zu tun. Diese Verfahren werden vor internationalen Schiedsgerichten geführt, z. B. bei der Internationalen Weltbank in Washington. Bei diesen Schiedsverfahren gelten jedoch keine demokratischen Regeln, denn diese Regeln sind nicht vom Staat organisiert sondern werden privat gestellt. Das Recht, das hier gesprochen wird, kann nicht angefochten werden und ist völkerrechtlich bindend. Mittlerweile laufen 500 solcher Verfahren, dabei geht es um Schadensersatzklagen in Milliardenhöhe.

Der Zigarettenhersteller Philip Morris verklagt Uruguay auf Schadenersatz und fordert 25 Millionen Dollar Schadenersatz von dem südamerikanischen Land. Der Konzern wirft Uruguay vor, mit strengen Tabakvorschriften, gegen ein Investitionsschutzabkommen verstoßen zu haben. Nun soll ein internationales Schiedsgericht den Streit schlichten. Ebenso verklagt der Zigarettenhersteller die australische Regierung, weil auf die Gefahren des Rauchens auf den Schachteln hingewiesen werden soll. Australien lenkt mittlerweile ein, dass das

Handelsabkommen mehr Nachteile als Vorteile gebracht hat.

In Kanada entschieden die Bürger der Provinz Quebec, die Umwelt vor Fracking zu schützen. Der Fracking-Konzern verklagte daraufhin den kanadischen Staat auf 250 Millionen Dollar Schadensersatz.

Die peruanische Regierung forderte Renco zwei Mal auf, den gesetzlichen Umweltauflagen nachzukommen und bestimmte Stellen zu dekontaminieren. Eine neue Schwefelsäurefabrik sollte die alte ersetzen. Renco unternahm aber nichts, sondern nutzte stattdessen das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Peru, mit der darin enthaltenen Klausel zum Investorenschutz. Renco fordert jetzt 800 Millionen Dollar Schadensersatz von Peru.

Ägypten wurde vor kurzem auf Schadensersatz verurteilt, weil es im Geschäftsfeld von Veolia den Mindestlohn angepasst hat.

Und auch Deutschland läuft Gefahr im Rahmen von TTIP vom Energiekonzern Vattenfall vor solch einem Schiedsgericht verklagt zu werden, durch die Stilllegung der Atommeiler.

6. Die regulatorische Kooperation

Hier handelt es sich um das vielleicht gefährlichste Kapitel in TTIP und wurde ebenfalls der Anti-Lobby Organisation Corporate European Observatory anonym zugespielt, bei dem es um die Unterwanderung der Demokratie geht. Gesetzgebungs- und Regulierungsprozesse sollen den Parlamenten entzogen und in vorparlamentarischen Kremlen beschlossen werden, direkt zwischen Behörden und Lobbyisten. Was mit dem EU Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) teilweise bereits gemacht wurde, die nationalen Parlamente haben kein Mitspracherecht.

Bestes Beispiel hierfür ist die Chemikalie Bisphenol A, auch BPA genannt. Ihr Einsatz ist umstritten, es gibt Grenzwerte für BPA, aber ihr Einsatz ist immer noch erlaubt – auch in der EU. BPA steckt in Plastik und Kassenzetteln und damit in allen abgepackten Waren,

Forschungen haben ergeben, dass BPA über die Nahrung und über die Haut aufgenommen wird und in industrialisierten Ländern des Westens zirka 90% der Bevölkerung chronisch belastet sind mit BPA, welcher im Urin nachweisbar ist. Forschungsergebnissen der Universität Bonn haben ergeben, dass BPA ab einer gewissen Dosis gesundheitschädlich ist und zu Störungen im Erbgut führen kann. Die Argumentation der Lobby war immer: die Dosis macht das Gift, aus diesem Grund ist BPA bis heute nicht verboten. Doch es gibt neue Erkenntnisse, BPA ist eine fettlösliche Substanz, es ist im Blut chronisch vorhanden und es ist in den Körpergeweben chronisch vorhanden, d. h. es ist nicht davon auszugehen, dass BPA in absehbarer Zeit vom Körper abgebaut werden kann und folglich eine höhere Verweildauer im Körper besitzen muss. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die Standards im Umgang mit BPA neu definiert werden müssen.

Die Frage ist, wie darüber entschieden werden würde, wenn die EU und die USA im Rahmen der regulatorischen Kooperation sich auf eine Neubewertung einigen müssten?

Wikileaks veröffentlichte am 25. März 2015 das geheime Kapitel zu den Schiedsgerichten für den Investorenschutz im geplanten Handelsabkommen Trans-Pacific Partnership (TPP). Es bestätigt die Befürchtungen der Kritiker. Wikileaks-Mitgründer Julian Assange warnt daher, dass die Übereinkunft im Geheimen ein "unkontrollierbaren supranationales Gericht entwickelt hat, mit dem internationale Konzerne Staaten verklagen können". Dieses System gefährde die parlamentarische und justizielle Souveränität

Bundeskanzlerin Merkel verkündete letzte Woche in der Sitzung des Deutschen Bundestag: sie wolle bis Ende 2015 dieses Freihandelsabkommen gemeinsam mit der SPD auf den Weg bringen. An dieser Stelle möchte ich auf folgenden Sachverhalt hinweisen: dass die CDU diese Form der Politik über den Köpfen der Bürger hinweg betreibt, kann man ihr nicht vorwerfen. Diesen Vorwurf sollte man jedoch der SPD machen, die diese falsche Politik der letzten 15 Jahre überhaupt erst möglich gemacht hat.

Wir alle erinnern uns: das Schicksal der SPD. Die SPD ist um die Jahrtausendwende, Opfer von ganz bestimmten politischen Strömungen, von Alphas geworden, die an die Tür geklopft haben und gesagt haben: „ich will hier rein“ - und es haben leider viel zu viele mitgemacht, die Guten in der Partei sind systematisch abgedrängt oder mundtot gemacht worden.

Und auch interessant ist, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Steinbrück sagte mal, dass der Begriff des Neoliberalismus, wie er seinen Anfang fand, ein in der Tat sehr schwieriger Begriff, mit vielen Definitionen, aber nehmen wir ihn mal, wie er landläufig verstanden wird, und nicht, wie Herr Gauck ihn verstanden haben möchte. Zitat Steinbrück: „Wir standen damals unter Druck der Ökonomen und unter Druck dessen, dass wir gemerkt haben, dass wir mit Mitte-Rechts Bündnissen Wahlen gewonnen haben, haben wir uns gesagt: das machen wir jetzt auch!“ Zitat Ende. Dies sagt schon sehr viel aus, was innerhalb der SPD passiert ist. Daher: der politische Feind sind die alten Genossen; zumindest auf Bundesebene.

Nimmt man heutzutage eine Position abweichend des Mainstreams der etablierten Parteien ein, landet man sehr schnell in unruhigem Fahrwasser. Kritiker der Freihandelsabkommen wurden in den letzten beiden Jahren verstärkt als europafeindlich; wenn sie zusätzlich sich dem Krieg der NATO verweigert haben als linksautonome Spinner oder Putin-Versteher; und wenn sie dann noch den Euro in Frage gestellt haben, als Pegida bzw. AfD-Anhänger gebrandmarkt. Dabei geht es doch nur um Politik, die auch tatsächlich eine Mehrheit in der Bevölkerung finden würde und keine Politik zu Gunsten der Banken und dem oberen Drittel der Gesellschaft.

Ich bin der Meinung, dass durch die mangelnde Vervielfältigung einer solchen Haltung das Bewusstsein für deren Existenz abhanden gekommen ist. Und daran sind vor allem die Medien schuld.

Deswegen wiederhole ich erneut meine Forderung: Es muss endlich wieder ein Primat der Politik über die Wirtschaft hergestellt werden.

Die Diskussion um TTIP ist letztendlich auch ein Kampf, ob wir es wollen oder nicht. Wir befinden uns in einem Art Kriegszustand. Ich halte das auch nicht für übertrieben. Jetzt ist die Frage, wer kämpft gegen wen. Hier gebe ich euch eine Antwort von berufenem Mund: Warren Buffet hat das unmissverständlich beantwortet. Falls ihr ihn nicht kennt; Warren Buffet zählt mit grob geschätzten 50 Milliarden Dollar zu den Top 5 reichsten Menschen dieser Welt. Auf die Frage, was er für den zentralen Konflikt unserer Zeit hält, hat Warren Buffet gesagt: „Das fragen Sie noch? Den Klassenkampf natürlich, der Konflikt Reich gegen Arm, und meine Klasse, die der Reichen, die gewinnt gerade.“ Zitat Ende.

Ist doch schön, dass einer einmal nicht darum herumredet sondern Ross und Reiter nennt. Buffet hat übrigens auch den Begriff von den finanziellen Massenvernichtungswaffen geprägt, der mittlerweile benützt wird und das zu Recht.

Abschließen möchte ich meine Rede mit einem Zitat des 32. Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin

D. Roosevelt: „In der Politik geschieht geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf dieser Weise geplant war.“

... oder wie es 1936 in Roosevelts Wahlkampfrede heißt, Zitat: „Wir müssen uns der alten Feinde erwehren – Wirtschafts- und Finanzmonopole, Spekulanten, rücksichtslose Banken, Kriegsgewinnler. Sie alle betrachten die Regierung schon als ein bloßes Anhängsel ihrer eigenen Geschäfte... “

Noch nie war die Politik von Roosevelt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise der 30er Jahren in den USA aktueller, als in der heutigen Zeit, geprägt von TTIP, Finanz- und Banken- und Staatsschuldenkrise. Doch dazu mehr, in einen meiner nächsten Reden auf einem Bundesparteitag. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Bevor wir jetzt noch die ein oder andere Frage zulassen, möchte ich kurz noch persönlich ein paar Worte sagen im Anschluss zu dieser Rede.

Liebe Parteifreunde, lasst uns endlich aufhören, mit unnötigen Gerichtsverfahren, Anfeindungen und persönlichen Wortgefechten untereinander und lasst uns endlich über Politik reden. Eigentlich sollten politische Reden und die Haltung zu bundespolitischen Themen zum Alltag eines Bundesparteitages gehören. Auch müssen wir endlich zusehen, dass wir medial wirksam und auch wahrgenommen werden. Dies wird allerdings nicht geschehen, wenn wir uns zu solchen Themen nicht positionieren und diese in Form von Flyern an Wahlständen oder Veranstaltungen an den Bürger bringen. Daher mein Apell – auch an alle Landesverbände: die Unterschriftenaktion gegen TTIP läuft bis Oktober 2015, lasst uns ein eigenen Flyer entwerfen und bundesweit Unterschriften sammeln über den Sommer hinweg in Form von Ständen – auch außerhalb der Wahlen. Lasst uns teilnehmen an Demonstration mit orangenen Bannern oder Fahnen mit der Aufschrift Familienpartei – nur so werden wir von Bürgern und Medien wahrgenommen, was auch

gleichzeitig Neumitglieder anlockt. Außerhalb von Kommunal- und Landtagswahlen sollten wir mit bundespolitischen Themen auf uns aufmerksam machen, unser Ziel soll es sein: die Gründung aller 16 Landesverbände, Kommunal- und Landtagsabgeordnete in allen Bundesländern, sowie die Entsendung von Abgeordneten in den deutschen Bundestag. Lasst uns frei nach Willi Brand mehr Demokratie wagen und politisch aktiver werden. Vielen Dank.